

STELLUNGNAHME zur Anfrage FDP-Gemeinderatsfraktion vom: 03.02.2016 eingegangen: 05.02.2016	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	22. Plenarsitzung Gemeinderat 22.03.2016 2016/0044 28 öffentlich Dez. 3
Entwicklungen im "Netzwerk Karlsruhe gegen Rechts"		

1. Wie bewertet die Stadtverwaltung die Aussage, dass extremistische Tendenzen innerhalb der Ausgestaltung der Arbeit des „Netzwerk Karlsruhe gegen Rechts“ aufkommen würden?

Das „Netzwerk Karlsruhe gegen Rechts“ ist ein Zusammenschluss von über 60 Organisationen, Parteien, kirchlichen Organisationen, Vereinen und sonstigen Gruppen, die sich gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit engagieren. In diesem breiten Bündnis sind Akteurinnen und Akteure aus unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Richtungen vertreten (siehe Anlage 1). Sie alle eint der Wille, rechtsextremen und menschenfeindlichen Tendenzen entgegenzutreten und darüber aufzuklären. Grundlage dafür ist das Selbstverständnis, das am 22.10.2014 im Konsens verabschiedet wurde und dem sich alle Mitglieder verpflichtet fühlen. Die Mitglieder des Netzwerks und das Selbstverständnis sind auf der Homepage www.ka-gegen-rechts.de nachzulesen und im Anhang 2 beigefügt. Grundlage für die Arbeit des Netzwerks sind die auf den mehrmals jährlich stattfindenden Netzwerksitzungen gefassten Beschlüsse, die in der Regel im Konsens getroffen werden. Sie sind in den jeweiligen Protokollen nachzulesen, die an alle regelmäßig verschickt werden. Die Stadtverwaltung ist im Netzwerk vertreten durch das Kulturamt und nimmt regelmäßig an den Netzwerksitzung teil. Auch der Stadtjugendausschuss e. V. ist an den Sitzungen kontinuierlich durch ein Mitglied der Geschäftsführung oder des Vorstands vertreten.

2. Sieht die Stadtverwaltung eine Möglichkeit, eine objektive Überprüfung der Arbeit des Netzwerks im Hinblick auf die Vermeidung extremistischer Tendenzen durchzuführen?

Der Stadtjugendausschuss e. V. wird die „Fachstelle gegen rechts“ beauftragen, die in der Vergangenheit gefassten Beschlüsse des Netzwerks zusammenzustellen und zugänglich zu machen. So kann die Arbeit des Netzwerks überprüft werden.

3. Sieht die Stadtverwaltung einen Grund, ggf. die eigene Mitgliedschaft zu überdenken?

Die Stadtverwaltung ist durch das Kulturamt im Netzwerk vertreten und nimmt regelmäßig an den Sitzungen teil. Eine Mitgliedschaft im formalen Sinne gibt es bei der Netzwerkstruktur nicht. Die Beschlüsse des Netzwerks werden im Konsens gefasst und transparent allen Netzwerkpartnern kommuniziert. Im Netzwerk stehen die demokratischen Kräfte zusammen, um gegenüber den rechtsextremen Aussagen der regelmäßig stattfindenden Demonstrationen von „Pegida“ oder „Widerstand Karlsruhe“ ihre Vorstellungen von Demokratie, Menschenfreundlichkeit und Menschenrecht zu verdeutlichen und zu vertreten.